

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48/44. Jg.

27. Nov. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

## Redaktion:

Hans Rönnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9, Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,50 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagort Scheuditz.**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Rönnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## Was wird mit dem Chemiegraphentarif?

Der Kampf um die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft wird in dem Maße schwieriger, als die Wirtschaftskrise an Tiefe und Dauer zunimmt. Die Arbeitslosenziffern sind das Barometer, an dem man die wachsenden Schwierigkeiten ablesen kann. Das ist eine ganz einfache Sache, die sich aus den Grundlagen und der Struktur des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ergibt. In unzähligen Aufsätzen haben wir diese Zusammenhänge von den verschiedensten Sichtpunkten aus beleuchtet. Es kann gar nicht anders sein. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Wesen, deren Struktur und deren Aufgaben nicht orientiert sind am Dienste am Menschen, sondern nur mittelbar solche Pflichten erfüllt, sieht notwendigerweise besonders in Zeiten der Not dieses Wirtschaftssystems die Linie des geringsten Widerstandes im Menschen. Hier liegt das charakteristische des Systems, das wiederum dialektisch ein Gradmesser ist für den noch weiten Weg bis zur geistigen Reife der Menschen zur Menschlichkeit. Denn auch das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist Menschenwerk. Hat es auch notwendigerweise seine eigenen Entwicklungsgesetze, die zur Irreführung der Menschen von seinen Verteidigern als eherner Gesetze bezeichnet werden, bleibt es Menschenwerk, das von Menschen auch wieder vernichtet werden kann.

Letztgenanntes ist eigentlich der Kern, um den sich besonders jetzt alle Lohn- und Tariffkämpfe drehen. Es geht darum, ob die sich aus der Wirtschaftskrise ergebenden Verluste von der Arbeiterschaft oder von den Trägern des Systems getragen werden sollen. Der Prellbock für die Unternehmer, den Arbeitern alle aus einer planlosen Waren-erzeugung notwendigerweise zu Zeiten erwachsende Verluste aufzuhalsen, sind die Gewerkschaften. Deshalb ist der Kampf der Unternehmer gegen Lohn- und Arbeitsbedingungen zugleich auch ein Anrennen gegen die Gewerkschaften. Auch diese Zusammenhänge liegen für den Klarblickenden offen zu Tage. Denn es ist doch so: Die Wirtschaftskrise hat Millionen Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Solidarität der Arbeiterklasse zwingt, nach Kräften für die Arbeitslosen zu sorgen. Diese Sorge frisst einen wesentlichen Teil der Kampfmittel auf. Daneben brüht lange Arbeitslosigkeit mit ihren leiblichen und seelischen Nöten und Sorgen das klare Denken. Es ist keine leere Behauptung, daß langfristig Erwerbslose aus purer Not zu Schädigern ihrer Eigeninteressen geworden sind. Zeigt uns doch zur Jetztzeit jeder Tag, daß der Druck in Aussicht stehender Arbeitslosigkeit dem Lohndruck manchen Erfolg gibt. In solchen Zeiten müssen die Gewerkschaften, um totale Niederbrüche zu vermeiden, elastisch auszubiegen wissen. Unterliegen sie doch in solchen Zeiten auch noch dem

Druck der Staatsgewalt. Das Ergebnis der gesamten wirkenden Kräfte ist ein Druck auf die bisher gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, dessen Absicht die Müdigkeit der Arbeiter zur Gewerkschaft und ihre Indifferenz ist. Wissend, daß die Arbeiter vereint alles, vereinzelt aber nichts sind, läuft der Kampf der Unternehmer gegen die gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zugleich auf die Zerschlagung der Gewerkschaften hinaus, der alten Parole aller bisher Herrschenden folgend: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

Um nichts anderes geht es auch bei uns im Kampfe um Lohn und Arbeitsbedingungen. Das haben auch die am 19. November in Berlin geführten Tarifverhandlungen für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe gezeigt. Selbstverständlich haben die Unternehmer bei Vertretung ihrer Tarifvorlage nicht gesagt, daß ihr Kampf der Gehilfenorganisation gilt. Herr Frisch als Sprecher der Unternehmer in der Generaldebatte betonte vielmehr zu Anfang seiner Rede, daß es bei diesen Verhandlungen nicht sein sollte wie zu Homers Zeiten, da die Führer vor den Feind traten, die Schwerter schwangen und durch Beschimpfung den Feind herausforderten. Es habe in dieser schweren Zeit keinen Zweck, das Trennende herauszukehren; er betone die Schicksalsverbundenheit. Es müsse das Verständnis angerufen werden, denn Gehilfen und Unternehmer seien notleidend geworden. Das früher gutsitzende Tariffkleid hätten die Verhältnisse zunichte gemacht und es gelte ein anderes zu schneiden. Deshalb sei die Antragsvorlage von den Unternehmern eingebracht worden. Schon bei den Verhandlungen in Saalfeld hätten die Unternehmer wesentliche Änderungen des Tarifes verlangt, aber jetzt müßten sie vorgenommen werden. Was die Unternehmer drückt, zeigten die Anträge. Sie seien nicht gestellt worden, die Verhandlungen unmöglich zu machen, sondern zeigten vielmehr den ehrlichen Willen zum Tarif. Aber die Belastungen durch die Tarifbestimmungen könnten die Betriebe einfach nicht mehr tragen. Deshalb müßten sie eine Erleichterung haben, um den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen zu können. Die Unternehmer sorgten mit ihren Anträgen nicht für ihre Kasse, sondern für die Erhaltung der Arbeitsstätten. Gesunde Gewerbetarife gäbe es heute nicht mehr. Deshalb seien tiefe Eingriffe in das tarifliche Verhältnis notwendig, die freilich schmerzlich seien, sollten die Betriebe wieder gesunden. Die Unternehmer seien für einen tragbaren Tarif, aber nicht für einen Tarif unter allen Umständen.

Herrn Frisch antwortete Kollege Haß: Die Verhandlungssituation erinnere stark an die von 1923/24. Ein Vergleich der Unternehmeranträge von damals und heute ergäbe diese Schlußfolgerung. Die Forderungen der

Unternehmer gingen wahrscheinlich von einer falschen Einschätzung der Gehilfenorganisation aus. Die Anträge der Unternehmer hätten die Gehilfenschaft zu der Ansicht kommen lassen, daß die Unternehmer jetzt Forderungen durchdrücken wollten, die in anderer Zeit einfach abgewiesen würden. Bei allen tariflichen Abmachungen sei die Gehilfenschaft stets von der Ansicht ausgegangen, in beiden Lagern starke und geschlossene Organisationen zu ermöglichen, die den Tarif durchführen. Die Unternehmer scheinen jetzt anderer Ansicht zu sein und lassen durch ihr Tun der Meinung Raum, der einzelne solle sich selbst retten. Die Grundlage des Gewerbes so zu erschüttern, wie das notwendigerweise bei Durchführung der Unternehmeranträge der Fall sein müsse, läßt nur den Schluß zu, daß die Unternehmer-schaft des Gewerbes die Gehilfenorganisation so schwach einschätze, daß sie sich nicht rühren könne. Der andere Schluß aus den Anträgen sei, daß jetzt auch bei uns Syndizipolitik Trumpf sei.

Wenn die Betriebe alle krank seien, läge das außerhalb der Verantwortung der Gehilfenschaft. Für die tariflichen Arbeitsverhältnisse verlange man von den Gehilfen auch eine hochgespannte Leistung. Sollten die Unternehmer ernstlich ihre Anträge als die Grundlage zu einem neuen Tarif ansehen, dann wäre der Abschluß eines neuen Tarifes unmöglich. Ein Teil der Gehilfenschaft habe gefordert, überhaupt nicht zu Verhandlungen zu gehen, wenn die Unternehmer auf ihren Forderungen beharren. Jedenfalls ist auf der Grundlage der Unternehmerforderungen kein Tarif zustandezubringen. Die Gehilfenschaft arbeitet lieber ohne Tarif, als unter einem solchen Tarif.

Die nach der Generaldebatte einsetzende Spezialberatung brachte auch nur eine verschärfte Unterstreichung der Gegensätze. Trotzdem konnte eine leichte Entspannung insofern festgestellt werden, als sich andeutete, was für jede Vertragspartei die Hauptpunkte sind. Die weitere Klärung ist nur durch Kommissionsberatung möglich, die ein Einsteigen in Einzelheiten gestattet. Zu diesem Entscheid kam dann auch der Tarifausschuß. Er setzte eine Kommission ein mit der Maßgabe, in eingehenden Beratungen zu prüfen, ob eine Überbrückung der großen Gegensätze möglich sei. Dem Tarifausschuß ist nach Beendigung der Beratungen über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Welches Ergebnis die Kommissionsberatungen bringen werden, ist mit Sicherheit nicht vorauszusagen. Gewiß ist nur, daß sie sich sehr schwierig und langwierig gestalten werden. Es gilt, sich mit Geduld zu wappnen. Solange jedoch noch kein tragbares Ergebnis erzielt ist, muß mit tarifloser Zeit gerechnet werden. Die Kollegen tun deshalb gut, sich auf eine solche Zeit einzurichten!

## Wirtschaft und Kapitalismus

Eine vernünftige, den Interessen der großen Masse entsprechende Wirtschaftspolitik muß ihr Ideal in einer Produktionsweise erblicken, die durch den Zweck der Produktion ihre Richtung erhält. Der Kapitalismus ist das gerade Gegenteil davon, denn er will nicht produzieren, was gebraucht wird, sondern was mit Gewinn verkauft werden kann. Ist er auf der einen Seite als Arbeitgeber ein Despot, so ist er auf der andern Seite als Warenverkäufer der feige schmeicheleische Sklave der Massen, er lockt sie in die Giftkammern des Opiums und des Alkohols und fördert jede Leidenschaft, jeden Irrtum und Aberglauben, dessen Ausbeutung ihm Gewinn verspricht. Und das tut er nicht aus bösem Willen, sondern kraft der ihm eingeborenen Natur, die ihn treibt, sich auf jedes Gebiet der Produktion zu werfen, das ihm Gewinn verspricht.

Die Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, daß weder den arbeitenden Menschen ein zu ihrer Erhaltung ausreichendes dauernd fließendes Einkommen, noch den verbrauchenden Menschen die ausreichende Herbeischaffung der zu ihrer Existenz notwendigen Güter gesichert werden kann. Überarbeit, niedriger Lohn, Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, Unterkonsumtion und — infolge geringer Kaufkraft der Bevölkerung — Unterproduktion der notwendigsten Gebrauchsgüter auf der anderen Seite können nur bekämpft werden, indem dem kapitalistischen Prinzip das sozialistische entgegengestellt wird. Das sozialistische Wirtschaftsprinzip fordert ein System der Güterproduktion zum Zwecke des menschlich-vernünftigen Verbrauchs, nicht des Profits, es fordert die Aufsaugung der arbeitslosen Einkommen durch das Arbeitseinkommen und die Solidarhaftung des im Staate organisierten Volksganzen für das wirtschaftliche Ergehen jedes einzelnen. Solche Ziele lassen sich nur dadurch vollständig erreichen, daß die Produktionsmittel aufhören Eigentum einzelner Personen zu sein und in den Gemeinbesitz überführt, das private Profitinteresse aus dem Produktionsprozeß vollständig ausgeschaltet und durch das Interesse der großen Massen des Volkes ersetzt wird.

Das Proletariat ist das Erzeugnis der kapitalistischen Entwicklung und von dieser untrennbar. Es besteht aus all denen, die, obgleich Produzenten, nicht imstande und nicht berechtigt sind, ihre Arbeitsprodukte selbständig zu verwerten, sei es, weil ihnen die Produktionsmittel fehlen, die zur Herstellung dieser Produkte notwendig sind, sei es, weil ihnen (wie z. B. den Heimarbeitern) die Möglichkeit fehlt, ihre Erzeugnisse selbständig auf den Markt zu bringen. Der Proletariat wird also nicht bezahlt nach dem Wert seines Arbeitserzeugnisses, sondern er erhält bloß den Preis seiner Arbeitskraft. Auf dieser Tatsache beruht die Existenzmöglichkeit des Kapitalismus, denn aus der Differenz zwischen den Aufwendungen, die der Kapitalist zur Herstellung der Ware zu machen genötigt war, und dem Preise, den er für sie auf dem Markte ausbezahlt erhält, ziehen die Eigentümer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, nicht nur Güter zum eigenen Verbrauch, sondern sie schaffen sich daraus auch immer neue, vermehrte Produktionsmittel. Die ungeheure Wertsteigerung des Grund und Bodens, die Unzahl modern eingerichteter Fabrikgebäude, der Maschinen, und was sonst an Kapitalreichtum, befindet sich im Besitze einer dünnen Oberschicht, die nicht nur zum Lohn für ihre Tätigkeit all ihre Kulturbedürfnisse bis zum vollendeten Raffinement befriedigen darf, sondern zugleich noch Milliarden und Abermilliarden an Reichtümern aufstapelt, die wiederum Kapitalien und als solche wirtschaftliche Herrschaftsmittel und Quellen arbeitslosen Einkommens sind. Dieser unendlich gewaltige Zustrom von persönlicher Wohlfahrt und Macht, der, dem Volksganzen entspringend, doch nur einer kleinen Minderheit zugute kommt, mag von besorgten Verteidigern des Kapitalismus zu nächst als Prämie für die besondere Tüchtigkeit der „wirtschaftlichen Führer“ des Volkes gerechtfertigt werden. Ihr Argument hat aber den Fehler, sterblich zu sein; mit dem Tode des Erwerbers und mit dem Antritt der Erben erlischt seine Bedeutung; der Sänger des Kapitalismus, der den genialen Eroberer, den „Industriekapitän“ pries, sieht plötzlich das ausdruckslose Gesicht eines ganz zufälligen Menschen vor sich, der von Kampf und Arbeit nichts weiß. Nicht seine persönliche Leistung und Fähigkeit, sondern eine bestehende Ordnung der Dinge macht ihn durch verdienstloses Schicksal zum Besitzer von Reichtümern und zum „Brother“ Tausender von Proletariern. Hier wird erst der ganze Widerspruch klar, der darin liegt, daß der moderne Staat auf der einen Seite (wenigstens in der Theorie) ein ungeheures, kompliziertes System von Verantwortlichkeiten herausgebildet hat, während man auf der anderen Seite einen wirtschaftlichen Despotismus entstehen sieht, der von jeder Verantwortlichkeit befreit, sich noch immer an den Grundsatz halten kann: „So will ich, so befehle ich, mein Wille steht für alle Gründe“. Der Staat soll kein Schilderhaus aufstellen dürfen, ohne die Mittel dazu von der Volksvertretung bewilligt erhalten zu haben! Der Kapitalist baut, reißt nieder, kauft, ver-

kauft, schafft oder vernichtet Objekte von Millionenwert, ohne daß er dabei genötigt ist, einen anderen auch nur nach seiner Meinung zu fragen! Liegt es anfangs auch in seinem Interesse, die Kräfte der Volkswirtschaft zu vermehren, weil er dabei selbst der Hauptgewinner ist, so stellt sich später ein Zustand ein, der es ihm nicht selten nützlich erscheinen läßt, die Produktion nach Verabredung einzuschränken, leistungsfähige Werke stillzulegen und die Ausbeutung von Naturkräften zu verhindern. Die Rentabilität wird aus einem Hebel zum Hemmschuh der materiellen Kultur. Aber der Kapitalist trägt für die Folgen, die sein wirtschaftliches Verhalten für die Volksgesamtheit hat, keinerlei Verantwortung vor der Gesamtheit.

Diese Verantwortungslosigkeit erstreckt sich im Prinzip nicht nur auf die toten Güter, die ihm anvertraut sind, sondern auch auf die Menschen, die die Notwendigkeit der Existenz in seinem Dienste treibt. Die Geltungsdauer des Vertrags, die Dauer der täglichen Beschäftigung, die Höhe des Lohnes soll Gegenstand der „freien Vereinbarung“ sein. Welche ungeheure Verwüstungen der Industriekapitalismus in der ersten wilden Zeit seines Wachstums am Volkskörper angerichtet hat, und trotz Gewerkschaften und Schutzgesetzen auch heute noch anrichtet, kann hier nicht näher geschildert werden. Zum Wesen des Kapitalismus gehört auf der einen Seite das unbegrenzte Verfügungsrecht einzelner Personen über die Produktionsmittel, auf der anderen Seite die volle Freiheit des Kapitalisten, von allen sich ihm bietenden Vorteilen des Arbeitsmarktes ohne Rücksicht auf Kraft und Gesundheit lebender und künftiger Generationen Gebrauch zu machen. Jede Einschränkung dieser Freiheit, über Sachen und — nach Lage des Arbeitsvertrages — über Menschen zu verfügen, bedeutet einen Einbruch in das Prinzip des Kapitalismus.

Denn der Kapitalismus ist im Prinzip staatsfeindlich. Er erkennt dem Staate keinerlei Aufgabe zu als die, dem natürlichen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung zu folgen, ihm sein Recht anzupassen und dieses gegen willkürliche Übertretung zu schützen.

Der Kapitalismus kann den Staat nicht entbehren, weil er sich seinen Gegnern nicht zum Faustkampf der körperlichen Gewalten stellen kann, ohne sicher zu unterliegen. Er bedarf der geschriebenen Rechtsordnung und ihres Schutzes durch den Staat. Er bedarf der politischen Tätigkeit des Staates, um seinen Produkten im Auslande Absatz zu verschaffen, um sich gegen Preisunterbietungen ausländischer Konkurrenz zu sichern, um die Gelder säumiger Schuldner einzuziehen, und um sich vor den wachsenden Ansprüchen des Proletariats zu schützen. Andererseits kann er nicht verhindern, daß der ihm unentbehrliche Staat ihm über den Kopf wächst, daß er sich aus einem Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse über die Massen zu einem Herrschaftsmittel der Massen über den Kapitalismus verkehrt.

Der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellt das Proletariat die Staatsidee des revolutionären Sozialismus gegenüber. Das Wort revolutionär ist hier nicht als gleichbedeutend mit gewaltsam zu verstehen, in welchem Sinne es nur gegenüber veralteten undemokratischen Staatsformen zur Anwendung gelangen kann, sondern in dem Sinne des Radikalen, von Grund auf Umwälzenden. Sozialismus ist radikal, d. h. von der Wurzel aus anders als Kapitalismus. Er ist dem Kapitalismus gegenüber revolutionär, weil er dessen Grundlage, das Privateigentum an Produktionsmitteln, beseitigen will.

## Zum Kampf gegen die Tarifverträge

Ohne Zweifel befindet sich die kapitalistische Wirtschaft, namentlich in Deutschland, in einer gewissen Verwilderung. Treu und Glauben, ehemals die Postulate einer erfolgreichen Epoche, stehen heute nicht mehr hoch im Kurs. Im Gegenteil wird derjenige hoch geachtet, welcher auf Umwegen zum Ziele kommt. Man kann wirklich daran zweifeln, daß diese Unmoral im kapitalistischen Geschäftsleben jemals wieder ganz verschwinden wird. Selbst die Argumente des Kampfes im Wirtschaftsleben atmen eine gewisse Unehrlichkeit. Man betrachte den Kampf gegen die Tarifverträge sowie gegen die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten überhaupt. Mit einer Leidenschaftlichkeit wird gegen Langbestehendes angekämpft, die man wo anders vergeblich sucht. Die tariflichen Bindungen werden als Ausfluß alles Übels hingestellt. Man sollte meinen, die ganze Krise in ihrer Ausdehnung und Entfaltung würde sofort behoben sein, wenn die Tarifverträge beseitigt würden. Der Kampf gegen die tariflichen Bindungen ist bereits zu einer Massenpsychose ausgewachsen. Jeder Spießbürger glaubt bereits, daß hier die Wurzel alles Übels verborgen ist. Dies kommt daher, weil seit Monaten und Jahren in der kapitalistisch versuchten Presse ein Trommelfeuer auf die Tarifverträge geführt wird. Die unehrliche Seite des Kampfes im Wirtschaftsleben findet in der Politik ihre Fortsetzung und Ergänzung. Was in den politischen Ausein-

dersetzungen heute behauptet und beschworen wird, ist mit der Logik wenig zu vereinbaren, sondern ist im Gegenteil als ein großangelegter Schwindel zu bezeichnen. Aber die Gleichartigkeit eines verlogenen Kampfes im wirtschaftlichen und politischen Leben zeigt, daß das ganze Leben in Deutschland verseucht ist.

Die Tarifverträge sind ein Massenschutz des schwächeren Teils der Bevölkerung. Sie sichern jedem in Arbeit Stehenden wenigstens ein gewisses Existenzminimum. Seit Jahrzehnten haben die Gewerkschaften für den Abschluß von Tarifverträgen gekämpft. Vor dem Kriege war es erst in verhältnismäßig wenigen Industriezweigen gelungen, tarifliche Bestimmungen als geltendes Gesetz in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital zur Durchführung zu bringen. Anfang 1930 waren es 12 Millionen Arbeiter und Angestellte, die von Tarifverträgen erfaßt wurden. Jeder Arbeiter und Angestellte wird den Segen der Tarifverträge schätzen gelernt haben. Er hat sie namentlich dann schätzen gelernt, wenn die Konjunktur schlechter wurde und dadurch die Macht der Unternehmer wuchs. Der hartnäckige Kampf gegen die Tarifverträge läßt deutlich durchblicken, daß die Unternehmer und ihre Freunde diese furchtbare Wirtschaftskrise als eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zum Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Errungenschaften betrachten. Verfolgt man den Kampf gegen die tariflichen Bindungen, so sollte man der Meinung sein, daß die deutschen Unternehmer reine Idealisten und Manchesterleute vom alten Schlage seien. In Wirklichkeit sind sie längst von dieser Entwicklungsstufe abgerückt und Kollektivmenschen reiner Prägung geworden. Der bekannte Professor Bonn schrieb kürzlich einmal im „Berliner Tageblatt“ über die große kapitalistische Offensive der Gegenwart. Nachdem er dies dargelegt hat, schreibt er folgendes:

„Sie geht einmal von den industriellen Unternehmern aus, die in Staatseingriffen sozialistischen beeinflusster Regierungen revolutionäre Neuerungen erblicken und sich über Erwerbslosenfürsorge empören, während sie in der Erwerbslosenfürsorge, die sie für ihre notleidenden Unternehmungen erstreben, augenscheinlich eine Sicherung des Kapitalismus sehen. Sie wenden sich gegen Gewerkschaften und Tariflöhne und möchten gern das System des freien Wettbewerbs auf dem Gebiete der Arbeitsmärkte wieder einführen, nachdem sie es auf dem Warenmarkte durch Zölle und Kartelle längst beseitigt haben. Naturgemäß gehen sie gerade in Krisenzeiten besonders energisch vor. In solchen ist einmal der Lohnabbau von besonders weittragender Bedeutung; zum anderen aber ist die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen in Zeiten der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach.“

Prof. Bonn ist aus der Schule Brentanos hervorgegangen und vermag, wie dieses Zitat zeigt, Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens richtig zu beurteilen. Es ist also ein unehrlicher Kampf, der von den Unternehmern geführt wird. Wenn eine Unternehmerschaft wie die deutsche unter Zuhilfenahme der Staatsmacht derartig kollektiv gebunden ist, so mutet das demagogisch an, wenn die gleichen Leute gegen Tarifverträge, Schiedsgericht und Verbindlichkeitserklärungen ankämpfen.

## Welthandel auf Vorkriegsstand

Vom 1. zum 2. Vierteljahr 1931 hat sich der Außenhandelsumsatz von 48 Ländern wertmäßig um 3,8 v. H. vermindert. Da diese Abnahme auf weiteren Preisrückgängen beruht, haben die Mengenumsätze nicht abgenommen. Im ersten Halbjahr 1931 hat der Welthandel gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wertmäßig um 28 vom Hundert abgenommen. Nach „Wirtschaft und Statistik“ ist diese Abnahme annähernd doppelt so groß wie die vom 1. Halbjahr 1929 zum 1. Halbjahr 1930. Der Wert des Welthandels betrug im Berichtshalbjahr um über ein Drittel weniger als im ersten Halbjahr 1928. Diese starke Abnahme ist durch die rückläufige Preisentwicklung hervorgerufen. Der Welthandel lag noch mengenmäßig um etwa 5 v. H. höher als im Halbjahresdurchschnitt 1913. Durch den Rückgang des Handels der überseeischen Länder hat sich der Anteil Europas am Welthandel weiter erhöht. Bei Fortgang dieser Entwicklung wird der Vorkriegsstand im Welthandel bald erreicht sein.

## Beachtenswerter Gleichstand der Fertigwarenausfuhr

An der deutschen Handelsbilanz fällt der Gleichstand der Fertigwarenausfuhr auf. Anfang 1928 stellte sich der prozentuale Anteil der Fertigwarenausfuhr an der Gesamtausfuhr auf 71 vom Hundert. Er stieg unter geringfügigen Schwankungen auf 76 v. H. im dritten Quartal 1929, fiel dann eine Kleinigkeit, um im 4. Quartal 1930 wieder einen Stand von 76 v. H. zu erreichen. Auf dieser Höhe ist die Fertigwarenausfuhr seitdem geblieben. Daraus dürfte hervorgehen, daß die deutsche Industrie sich eine gewisse Stellung in der Weltwirtschaft trotz der Krise erobert hat.

## Der Verbandsbeirat lehnt den Schiedsspruch ab

Der Verbandsbeirat, der am 18. November in Berlin versammelt war, um zu organisatorischen und tariflichen Problemen Stellung zu nehmen, ließ sich auch Bericht erstatten über den Lohnstreik im Steindruckgewerbe. Nach eingehendem Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und Vortrag des gefällten Schiedsspruches nahmen der Verbandsbeirat und der Vertreter des Verbandsausschusses Stellung dazu. Die relativ kurze Aussprache wandte sich scharf gegen die unberechtigten Forderungen der Unternehmer und billigte die ablehnende Haltung der Unterhändler. Die anschließende Abstimmung ergab die einmütige Ablehnung des gefällten Schiedsspruches, die inzwischen dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt worden ist.

Mit der einmütigen Ablehnung des Schiedsspruches durch alle zentralen Verbandsinstanzen dürfte der Kampf um den Lohn im Steindruckgewerbe noch nicht abgeschlossen sein. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß noch weitere Verhandlungen folgen. Beantragen nämlich die Unternehmer die Verbindlichkeit des Schiedsspruches, falls sie ihn angenommen haben, muß das Rami weitere Verhandlungen führen, ehe es die Verbindlichkeit aussprechen kann. Diese Verhandlungen stehen also noch in Erwartung. Wir werden auch über sie, falls sie geführt werden müssen, schnellstens berichten.

## Schafft Klarheit!

Die Kommunisten bestreiten ihre Agitation gegen die Gewerkschaften ausschließlich mit Verunglimpfung und Verleumdung der Gewerkschaftsführer. Nach ihren wissenschaftlich unwarhen Behauptungen sind die Gewerkschaftsfunktionäre „Knechte des Kapitals“, „Helfershelfer der bankrotten Kapitalisten“, „Streikbruchagenten der Bourgeoisie“ und ähnliches mehr. Selbstverständlich ist die „Gewerkschaftsbürokratie“ nach Koziarsicht auch nur dazu da, von den Unternehmern geforderten Lohnabbau durchzuführen. Die in Wirklichkeit schweren Abwehrkämpfe unter Führung der Gewerkschaften sind nach ihnen nur „Manöver“. Das alles glauben die Koziars natürlich selbst nicht, aber sie schreiben solche Behauptungen hinaus in der Absicht, das Vertrauen zu der Gewerkschaftsführung zu zerstören, um dann bessere politische Geschäfte machen zu können.

Die Unternehmer machen es nun gerade umgekehrt. Nach ihren Behauptungen sind es die Gewerkschaftsführer, die den Arbeitern untersagen, auf einen berechtigten Lohnabbau einzugehen. Auch bei den letzten Lohnverhandlungen im Steindruck wurde von den Unternehmern behauptet, daß die Gehilfen in den Betrieben die Notlage der Betriebe einsähen und zum Abbau der Löhne bereit wären. Nur die verhandlungsführenden Gehilfenvertreter hätten diese Einsicht nicht. Den Unternehmern ist natürlich entsprechend Bescheid gestoßen worden. Da bei solchen Auseinandersetzungen nicht alles Gesagte auf die Goldwaage gelegt werden darf, war mit der Entgegnung die Sache für uns erledigt.

Aber bei der Fortsetzung des Lohnstreites im Rami zog der Unternehmersprecher dasselbe Pferd wieder aus dem Stalle und behauptete an Regierungsstelle erneut, die in den Betrieben tätigen Gehilfen sähen die Not der Betriebe ein und wären bereit, einen erheblichen Lohnabbau zu vereinbaren. Die Gehilfenvertreter dagegen wären ganz einsichtslos und lehnten stur jeden Lohnabbau ab. Die Absicht dieses Tuns war, den Sonderschlichter gegen die Organisationsvertreter scharf zu machen und ihn zu einem Spruch zu verleiten, der den Interessen der Unternehmer entsprach. Natürlich ist auch im Rami den Unternehmern auf ihre Behauptung entsprechend geantwortet worden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Kampf um den Lohn im Steindruckgewerbe noch nicht beendet, denn der Verband lehnt den gefällten Schiedsspruch ab. Infolgedessen ist die Behauptung weiterhin von den Unternehmern zu erwarten, die noch beschäftigten Gehilfen wären mit einem weiteren Lohnabbau einverstanden. Daß einzelne Kollegen sich unter dem Zwange, längere Zeit arbeitslos zu sein, wenn sie einen Abbau des Lohnes ablehnen, zu einem Abbau des Lohnes mit Grimm einverstanden erklärt haben, kann durchaus angenommen werden. Aber eine unter diesem Zwang abgegebene Erklärung als Einverständnis und Einsicht in die „schwierige Lage der Betriebe“ umzumünzen, ist mehr wie gedeutet. Sind die Kollegen mit uns und der Verbandsleitung der Meinung, daß Lohnabbau wirtschaftlicher Unsinn und Vergehen am Wohlergehen des Gewerbes, der Betriebe und der Gehilfenschaft ist, dann ist es an der Zeit, daß die Kollegen ihren Unternehmern eindeutig und ungeschminkt Bescheid sagen. Es ist an der Zeit, daß Klarheit geschaffen wird dahin, daß die Kollegen den Unternehmern sagen, wo Bartel den Most holt. Denn darüber besteht doch schon lange Klarheit, daß die Koziars lügen wie die Teufel und aus Prinzip schwindeln. Das kann man ja auch in ihren Anweisungen zur Bekämpfung der Gewerkschaften lesen. Hier ist also Hopfen und Malz

verloren. Aber den Unternehmern muß der Star gründlich gestochen werden. Es muß ihnen tagtäglich gesagt werden, daß die Gehilfenschaft gegen jeden Lohnabbau ist, daß Lohnabbau volkswirtschaftlicher Unsinn ist und daß die Gehilfenvertreter nur dem ausgesprochenen Willen der noch in den Betrieben tätigen Gehilfen folgen, wenn sie jeden Lohnabbau rundweg ablehnen. Anders ist diesen Märchenerzählern nicht beizukommen.

## Der „Köhler“ glaube in den Wechseljahren

Man sagt, daß, wenn sich eine Frau in den Wechseljahren befindet, auf Grund seelischer Vorgänge Situationen entstehen können, in denen sie nicht weiß, was sie will. Daran dachte ich beim Lesen des Artikels, für den der Kollege Köhler in Nr. 46 der „Gr.Pr.“ verantwortlich zeichnete und der eine Erwiderung sein sollte auf meine ganz unpersönliche Kritik: „Tarifjuristische Perspektive aus dem Kopfstand“ in Nr. 43 der „Gr.Pr.“. Wenn nun K. gewußt hätte, was er eigentlich will oder wollte, dann hätte er sich vor allen Dingen nicht zu bescheinen brauchen, daß er dem gesunden Menschenverstand ziemlich nahesteht und obendrein die Behauptung zu wagen, daß ich ein Trottel sein soll. K. hätte auch die Unwahrheit weglassen können, die darin besteht, daß ich angeblich den Sachverhalt von hinten aufgezogen hätte, da doch jeder Kollege durch Vergleich feststellen kann, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Wenn er gewußt hätte, was er wollte, hätte er sich ferner die ganze erste Spalte sparen können, weil dort eine Sache behandelt wird, auf die ich in meiner Kritik nur mit ein paar Zeilen eingegangen bin und den Schwerpunkt auf etwas ganz anderes legte, als was K. glaubt.

Ja, wenn er immer wüßte, was er wollte! Leider ist das keine Sache, die nur von heute auf gestern datiert und gar oftmals hat Kollege K. seine Rosinate zu Aktionen gesattelt, über deren Berechtigung, Erfolg und Ausgang Mitleid und Nächstenliebe geduldiges Schweigen bewahren. Nur anlässlich des Verbandstages hat man nichts von dieser Tatkraft verspürt, obwohl es der Sache, der K. dienen will, dort im großen ganzen an den Kragen ging. Vielleicht war die Rosinate unwohl.

Nur wenn man Vorstehendes beachtet, kann man verstehen, daß Kollege K. in seinem Artikel aus Schwarz Weiß macht und die hahnebüchsten Behauptungen aufstellt, die er nie beweisen kann.

Die Sache, um die es sich handelt, ging darum, daß ein Kollege deswegen fristlos entlassen wurde, weil er einen von seiner Firma vorgelegten tarifwidrigen Vertrag über spartenweise Kurzarbeit nicht unterschrieb. Auf Grund einer Klage wurde dann auch in erster Instanz entschieden:

„Nach dem Tarif ist ein derartiger Vertrag unzulässig, da die Arbeitsverhältnisse durch Tarif geregelt sind. Wenn die Firma H. nicht weiterbeschäftigen wollte, dann hätte sie ihn nach beendeter Lehrzeit entlassen müssen. Die fristlose Entlassung ist nicht gerechtfertigt.“

Trotz der beweisbaren Tatsache, daß der Kläger fristlos entlassen wurde, weil er den angebotenen Vertrag nicht unterschrieb und trotz der Tatsache, daß das Urteil erster Instanz, das K. einfach unterschlägt, ausspricht, daß ein derartiger Vertrag überhaupt unzulässig ist, spricht Kollege K. in seinem Artikel davon, daß zwischen dem Kläger und der Beklagten ein Einzelarbeitsvertrag abgeschlossen worden sei. — — —

Was soll man angesichts eines derartigen kaum glaubhaften Verhaltens sagen, auf das sich dann die ganze „Beweisführung“ und Hilfsstellung für die Tarifjustiz aufbaut? — — —

Dem Kläger wurde in erster Instanz eine Woche Lohn zugestanden, was der Firma zu viel und dem Kläger zu wenig war. Darauf erfolgten die Berufungen beim Reichsschiedsgericht. Wie schon in meiner Kritik angeführt, zog vor Stattfinden des Termins vor dem RSchG. die in der ersten Instanz verurteilte Firma ihre Berufung zurück und erkannte somit die Verurteilung zur Zahlung von einer Woche Lohn an. Der Kläger hielt aber seine Berufung aufrecht, weil er ja seinen Berufungsantrag wie folgt formuliert hatte:

„Gegen das Urteil des Schiedsgerichtes des Kreises II lege ich Berufung ein und beantrage die Aufhebung desselben, soweit dem Antrag der Klage in erster Instanz nicht Rechnung getragen wurde, und zwar dahingehend, die Beklagte zu dem vollen Betrag von 93,34 Reichsmark zu verurteilen.“

Eine andere Formulierung konnte gar nicht gewählt werden, weil ja der Kläger gegen das erstinstanzliche Urteil, soweit es ihm Recht gab, keine Berufung einlegen konnte. Der Haupttenor des Berufungsbegehrens mußte demnach, wie ganz richtig geschähen, auf die Zuerkennung der zweiten Woche Lohn gelegt werden. Aber selbst wenn die Formulierung des Berufungsbegehrens eine andere gewesen wäre, dann hätte in dem Augenblick, als die Beklagte das erstinstanzliche Ur-

teil auf Zahlung einer Woche Lohn durch Zurücknahme der Berufung anerkannte, ebenfalls nur der noch übrigbleibende strittige Teil, das ist die zweite Woche Lohn, zur Entscheidung gestanden. Daß trotzdem das RSchG. die Anerkennung des erstinstanzlichen Urteiles ignorierte und einen neuen Entscheid fällte, der dem Kläger nur die Hälfte von dem gab, was ihm die Firma zustehen wollte, das ist eben die Sache, die nur von Kollegen K. verstanden wird. Das ist kein Köhlerglaube, sondern die Konstatierung einer feststehenden Tatsache.

Wenn K. durch Gegenüberstellung der Klageanträge den Eindruck zu erwecken versucht, daß das RSchG. die Befugnis hatte, trotz zurückgezogener Berufung über das Ganze zu entscheiden, dann wird ihn niemand um seine Auffassung beneiden, und für mich liegt keinerlei Veranlassung vor, auch nur ein Wort von dem zurückzunehmen, was in dem Artikel in Nr. 43 der „Gr.Pr.“ geschrieben wurde. Damit soll es genug sein, trotzdem vieles noch zu sagen wäre. Die persönlichen Anwürfe, die mir trotz meiner unpersönlichen Kritik vom Kollegen K. zugebracht wurden, werde ich mit Fassung ertragen. Ich tröste mich mit der von kundigen Thebanern vertretenen Meinung, daß bezüglich des oft zitierten Wortes, wonach jedem, dem ein Amt verliehen wird, auch der erforderliche Verstand dazu geliefert wird, hier jene Ausnahme vorliegen muß, die die Regel bestättigt.

M. Ch. P. Argus.

## Hinein in unsere Versammlungen

Ein undankbareres Thema hätte ich auch für diese Arbeit nicht wählen können, denn nicht mit einem politischen Gegner will ich hier die Klänge kreuzen, sondern mit den eigenen Kollegen und Genossen, wie man auf deutsch so schön sagt, ein wenig den Marsch blasen. Es ist wieder einmal die alte Klage der meisten Referenten über den mangelhaften Versammlungsbesuch. Abgesehen von politischen Versammlungen, in denen der Name einer großen Kanone noch eine gewisse Anziehungskraft ausübt, sieht es in den Veranstaltungen der einzelnen Verbände nicht gut aus. Um es gleich vorweg zu betonen: Nicht die Versammlungsmüdigkeit ist es, wie viele sagen, auch nicht die Trockenheit der Themen, womit andere ihr Fernbleiben entschuldigen möchten, sind die Ursache des mangelnden Besuches der Versammlungen, sondern einzig und allein der Schwund der Kampfesfreudigkeit in unsern Reihen. Ziehen wir doch einmal eine Parallele zwischen heute und den letzten Jahrzehnten der Vorkriegszeit: Damals, wo jeder „Rote“ sozusagen ein Gedächter der bürgerlichen Gesellschaft war, überfüllte politische und gewerkschaftliche Versammlungen; heute jedoch bei aller Bewegungsfreiheit zunehmende Gleichgültigkeit für Dinge der Partei und der Berufsorganisation. Der wahre Kampfesmut der Alten hat nur ein paar Nachkriegsjahre überdauert, damals als alles den freien Gewerkschaften zuströmte, leider nicht beseelt und getrieben von den Gefühlen eines Mitkämpfers. Mit geballter Faust und zähneknirschend hocken die noch lebenden Kämpen aus der Zeit des Sozialistengesetzes in ihrem Altenstübchen und stellen Betrachtungen darüber an, wie leichtsinnig die neue Generation mit dem ererbten Gut umgeht. Es ist nur zu wahr: Unsere eigene Schuld an der gegenwärtigen Lauheit im politischen Freiheitskampf läßt sich nicht mit den vorerwähnten Gründen hinwegphilosophieren. Wir haben eben nicht mehr die Kampfesfreudigkeit der Alten, weil uns ihr Erbe als reife Frucht in den Schoß fiel. Was wissen wir Heutigen noch von der Mühe und Arbeit, die im stolzen Bau unserer Organisation steckt? Aber denken sollten wir immer wieder daran, daß auch der stolzeste Bau zerfällt, wenn sich niemand um seine Erhaltung und Erneuerung kümmert. Die Gefahr ist groß; Rattenschwärme nagen am Gebäck, dreimal wehe dem Proletariat, wenn seine Feinde wieder allein ihre Regierer werden. Der alte Schlachtruf: Proletariat aller Länder vereinigt euch! hat noch nie so ernst-mahnend an unser Ohr geklungen wie jetzt. Mögen auch die fünfzehn Millionen Unorganisierte in Deutschland die Hauptschuldigen daran sein, wenn die Unternehmer von einem Lohnabbau zum andern schreiten, auch die Zersplitterung in der Arbeiterschaft liefert ihnen nicht zuletzt die Waffen dazu in die Hand, aber an uns, die wir als Organisierte das Erbe der Väter zu verwalten haben, an uns ergeht der Ruf: Seid auf der Hut! Von allen Seiten wird auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften hingearbeitet; und wie die Unternehmer mit der Arbeiterschaft umspringen würden wenn sie ihr Ziel erreichten, das wird am besten mit drei Worten gesagt: Knute, viel Arbeit und karger Lohn. Nun haben die Unternehmer in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen, mit dem sie uns in Bälde zur Strecke zu bringen hoffen, doch wird es ihnen nie und nimmer gelingen, solange ein jeder von uns seine Pflicht tut und dazu gehört in erster Linie der Besuch unserer Versammlungen; denn der Feind steht bereits vor der Tür.

Wilhelm Techen.

## „Leben“

Leben heißt mit Fleiß und Mühen  
Suchend nach der Wahrheit ringen,  
Heißt im nimmermüden Streite  
Alles „falsch“ im Ich bezwingen.

Leben heißt in Kampf und Stürmen  
Zuerst in Herzen tragen,  
Heißt im Hoffen niemals wanken  
Und im Kummer nie verzagen.

Leben heißt aus edlem Herzen  
Gutes wirken, Liebe geben,  
Ja, fürs Menschsein selbst auch leiden  
Das heißt „Leben“ — wahres Leben.

A. M.

## Tage, Stunden, Minuten des Aufbruchs

### Novembererinnerungen

Vater sagte mir, daß die Soldaten draußen an den Fronten die Nase wirklich voll hätten und nicht mehr mitmachen, daß etwas in der Luft sei, etwas Brandiges, es rieche schon nach Gewitter, fett und blutig, und wenn es heraufkommt, und das werde es allem Anschein nach wohl, wird es böß hergehen. Da sollen die Hohenzollern schnell ihren Hausrat zusammenpacken, die benachbarten Dynastien auch, die Kerls, die etwas zu befürchten haben, sollen schnell zum Optiker laufen, um, wenn es mit ihrer Herrschaft zu Ende wäre, die blauen Brillen parat zu haben, rasieren sollten sie sich, wenn sie mit einem vorschriftsmäßigen Bart nach Schweden oder in die Schweiz wollen — Woken zögen schon herauf. Lange genug hätte es auch gedauert, sagte er, wir hätten uns zu Tode gesiegt, und das Geschrei der Mütter und Bräute zerreiße einem noch die Ohren. Er wunderte sich überhaupt, daß die tapferen Jungens nicht schon früher den Generälen vorgeschlagen haben, den Krieg doch allein zu Ende zu führen. Aber jetzt hätte er ein Ende. Ich sollte man gut aufpassen, das wird nichts schaden. Hauptsache sei, daß der Wind richtig hinschlägt.

So ist es nun auch gekommen. Tags darauf purzelten zwei Dutzend Fürstenkronen in den unheroischen Eimer der Vergangenheit, den die Genossen bereitgestellt hatten.

Auf den Straßen sang man die Marseillaise. Das Volk jubelte.

Ich war seinerzeit wohl ein gutausgewachsenes, aber für meine dreizehn Jahre schon etwas lang geratenes Bürschchen, von einer maßlosen Gefräßigkeit, mit einem unproportionierten, zerhauehen Speckkopf auf den Schultern, ein wenig aufgedunsen von den Kohlrüben. Ich sperrte Mund und Nase auf, als mich mein Vater auf die Revolution aufmerksam machte und mir in seiner ungelassenen Art die Möglichkeit und Notwendigkeit einer republikanischen Staatsform, die uns nun sicher sei, begrifflich zu machen versuchte. Daß ich auf den Kopf gefallen bin, kann man wohl schwerlich sagen, so hatte ich es bald weg, worauf es ankam. Aber ich schielte doch noch etwas ungläubig und vor allem maßlos verwundert in die uns bevorstehende Geschichte, mit hochgezogenen Achseln und den Kopf voll Blut. So, wie man sich auch körperlich ein wenig einzieht, um sich zu verkriechen wie in eine Höhle, und nur den Kopf raussteckt und schnuppert, wie der Wind geht.

Meine dreißig Stück „Lokalanzeiger“, die ich alltäglich morgens und abends auszutragen hatte, unter den Arm geklemmt, türmte ich die Treppe hinunter. Die Leute taten alle sehr aufgeregt und an den Ecken und auf den freien Plätzen sammelten sie sich, einer schrie was in sie hinein, fuchtelte wild mit den Händen und dann schrien sie auch komisch, ich mußte immer lachen.

Auf den dunklen Treppenaufgängen, die nur durch wenige ramponierte, krächzende Gaslampen notdürftig beleuchtet waren, las ich klopfen Herzens den „Lokalanzeiger“. Darin stiegen sie noch auf der ersten Seite und der Herr, der sich fast in jedem Leitartikel beim allerhöchsten Kriegsherrn untertänigst entschuldigte, daß er nur der geistigen Kriegsversorgung des deutschen Volkes und der moralischen Stärkung ihres Rückgrats Arbeit und Vertrauen opfern könne, bedauerte die miße und verbrecherische Stimmung an den Fronten und empfahl seinen hochwohlwollenden Lesern im Vertrauen auf Gott, Kaiser und die Rüstungsindustrie in einem säbelrasseln-

den Deutsch das weitere Siegen. Danke. Der Mann konnte es gut sagen.

Nee, das war nichts, da mußte noch etwas anderes stehen.

Ja, hier meldete man den bevorstehenden Waffenstillstand. Die Mitglieder der Vaterlandspartei brüllten und klapperten mit den Orden. Das Volk atmete auf und das Draunter und Drüber begann.

Bruder Hans wird heimkommen! Ich froh, und dicke Tränen leckten mir das Gesicht ab. Nun war es warm auf den Treppen.

Am 9. November kamen die Klassenlehrer aufgeregt aus dem Konferenzzimmer gelaufen. Der dicke Pompe gestikuliert wild mit den Armen und redete wie ein Waschweib aber mit nicht zu leugnender Eindringlichkeit auf unseren Ordinarius Hinrici ein. Der machte ein Gesicht wie ein aufgeschwemmter Honigkuchen. Als uns Hinrici wieder in Verwahrung nahm, bemühte er sich sichtlich krampfhaft, ein steifes Gesicht zu machen. Nervös zuckte die Oberlippe, die verriet doch das ganze Theater. Draußen auf der Straße ging es laut her. Man rief was. Man schien zu toben, Zeitungsverkäufer brüllten die Extrablätter aus „Kriegsende!“, „Revolution!“, „Der Kaiser muß abdanken!“ Das Herz schlug uns fast gegen die Zähne. Wir rutschten auf unseren Bänken hin und her und ohne etwas zu sagen, fragen oder ans Fenster springen zu dürfen, wurden wir zu einem unbändigen Gefühl, einem Klumpen Masse, deren heißer Atem Lehrer Hinrici entgegenschlug.

„Ruhe, stillsitzen“, das war die einzige Abwehr, die ihn in dem Augenblick pädagogischer Unfähigkeit retten sollte. Er war bei Gott kein „Sozi“. Ein strammer Heimkrieger. Seine Kehlkopffurra nach jeder Siegesmeldung knallten kernig dem schmierigen Steindruck Bismarcks entgegen.

Obwohl wir uns noch keine rechte Vorstellung von der zeitgeschichtlichen Bedeutung der uns damals bewegenden Situation machen konnten, waren wir wie in Lava gekocht und zum Bersten neugierig, und die wenigen Worte der Ausschreier, die uns von der Straße hinauf in die Ohren flogen, betäubten unsere jugendlichen Sinne mit der süßen Musik der Verwunderung. „Revolution“, das war für uns Knaben noch etwas Unfaßbares, das sich in Herz und Hirn einschmeichelte. Schön war es, dieses Wort singend in den Ohren zu haben. Da tanzte etwas Helles in unseren Augen und begeisterte uns maßlos und hob uns aus den Bänken, darin wir nicht mehr sitzen konnten, in all der Unruhe, die in den Gliedern lag.

Gottseidank, das Glockenzeichen der vierten Pause kam dem Hinrici entgegen, der schien zu explodieren unter der lächerlichen Maske, die er für uns angelegt hatte. Uns wäre es dann böß ergangen. Mit ungeheurer Krach sprangen wir nun auf und erlösten unsere Leiber von dem zwangvollen Krampf jener Stunde. Ein undurchdringliches Gewirr von 36 Stimmen, die durcheinander schlugen, durcheinander purzelten, hielt der Raum. Ich stand einen Augenblick allein und horchte der Wiederholung der Worte meines Vaters nach: „Revolution, Republik“, ja, und dann sprang ich auf das Katheder — rief die Jungens an — langsam verebete das Durcheinander — und hielt eine aufreizende und kuriose Rede. Es ist nicht zu leugnen, daß die Vokabeln und überhaupt die ganze knabenhafte Intensität Schillers „Räuber“ entnommen waren, das einzige Stück Dichtung, das uns Knaben aus der Oberklasse begeisterte und gen Himmel hob. Meine Ansprache wird sicherlich ein ungeheurer Blödsinn gewesen sein, das macht nichts. Der Anlaß und das Gefühl waren echt und notwendig. Bei den letzten Sätzen brüllte ich schon wie ein Verrückter. — Das Geschrei meiner eigenen Worte stieg mir in den Schädel und besoff mich. Mit dem Knüppel platzte Hinrici zwischen uns und legte uns wieder in die Bänke. Ich bekam ein Dutzend mörderisch gegen die Backen, daß ich nachts darauf auf dem Bauche liegen mußte. Und dann mußten wir einen Aufsatz schreiben: „Deutschland über alles!“

Ich kam über den ersten Satz nicht hinaus, und streikte.

Auf dem Abort las ich dann zum ersten Male eine zerrissene Broschüre, die meine Ansprache an die Jugend bestätigte. Es war das „Kommunistische Manifest“. Ich verstand nicht alles, was darin stand, nein, aber ein anderer Himmel stand in mir, ein Segel, wie nie zuvor.

Auf der Straße nahm mich ein Zug singender Arbeiter in seine Arme; das war ein Glück. „Ein Sohn des Volkes will ich sein . . .“ Ein Kind des Volkes. Eines, das nun mit will in den aufströmenden Morgen.

Rote Fahnen knallten über den Zug der Marschierenden. Der Wind schlug hin. Ich hatte gut aufgepaßt und wir werden wohl jetzt eine Republik haben.

Seit diesen knabenhaften Erlebnissen in der Revolutionszeit, die nur das vielleicht unbedeutende Spiegelbild eines ersten Aufstrebens und der jungfräulichen Auflockerung zum Ausdruck zu bringen vermögen, ist man nun eingeordnet worden in die ehernen Bataillone des Sozialismus. Man ist erwachsen, wie das so heißt, ja, man ist nun ein ebenbürtiger, der Entwicklung unseres Volkes und der Menschheit verpflichtender Bürger der Republik. Was in früheren Jahren, in den Oktober- und Novembertagen einen aufriß und in das Feuer unsterblicher Ideen schleuderte, ist heute Bewußtsein, Kampf und Arbeit geworden. Die Technik dieses Kampfes, dieses Bewußtseins, dieser Arbeit ist nicht mehr die Technik der französischen Revolution. Wir schreien uns nicht mehr auf die Barrikaden, auch heute nicht, wo wir uns erinnern und die Treue halten. Sie sind ein vorstiftlicher Requisite, wie die steifen Rüstungen des Mittelalters, die auch nicht mehr auf den Leib des Jahrhunderts passen. All das ist eine verlorene Poesie, die uns nicht der Befreiung einen Schritt näher bringt. Wir glauben nicht, durch eine Handvoll Patronen Glück und Unsterblichkeit zu erlangen. Es mag vieles versäumt worden sein. Wir sind alle schuldig. Aber der Kampf, den wir täglich führen, führen müssen, ist weniger romantisch, er ist in seiner Nüchternheit und Kleinheit heroischer, da er uns einzingt in die ehre Gesetzlichkeit unseres Glaubens. Es kommt, was wir wollen — und es kommt nicht, was uns nur Spaß macht und nur ein Sport ist. Den Staat erobern, das, was noch stinkt und faul und überflüssig in ihm ist, aufräumen, und alles Krankhafte, Unsaubere, Lächerliche hinauswerfen, das ist eine Aufgabe. Wir müssen diesen Staat lieben, weil wir ihn gewollt haben, wir müssen aus ihm eine Wohnstatt machen, darin wir und unsere Kinder frei und glücklich leben können.

Die den Krieg wollen? Der Völkerbund möge einen Naturschutzpark ausknobeln und ihn denen zur Verfügung stellen, die sich durchaus nicht vertragen können, und die lustig sind, sich weiterhin zu bekriegen. Da sollen dann der Stahlhelm und die Action française und all die anderen internationalen Frontsoldatenorganisationen, die nicht genug haben, aufeinander losgehen dürfen, bis sie weniger sind; mögen die sich kaputtbeißen, solange sie Lust daran haben. Wir wollen einmal zusehen.

Wir wollen bei uns zu Hause erst einmal aufräumen, die Zukunft will uns. Niemand darf es geben, der schlapp macht und nicht die Karre vorwärts dreht, damit wir dem Ziele näher kommen. Fahnen singen über uns; heute und immerdar, und Millionen sind uns zugetan. Was noch nicht erreicht ist, das freie Spiel unserer Kinder, Wohlstand, Kraft und Gesundheit der Arbeitenden, Friede und Heimat, das müssen wir wollen, kämpfend, eine treue Kameradschaft der Leiber, nun versprechet mir das, Genossen, und der Himmel wird sich über uns glanz erfüllt auften, und wir werden Sterne sehen und Musik umrauscht uns, und die sich für uns opfereten und starben, werden uns lächelnd grüßen.

Walthar G. Oschilewski.

## Vom Büchertisch

Die Anwartschaft in der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Von Heinrich Backhaus. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. Organisationspreis 75 Pf.

Das Büchlein soll in erster Linie zur Aufklärung der Versicherten dienen, bietet aber auch dem Praktiker als Nachschlagewerk gute Dienste, zumal nicht nur auf die Gesetzstellen sondern auch auf grundsätzliche Entscheidungen hingewiesen wird. Alle mit der Anwartschaft zusammenhängende Fragen wie Versicherungspflicht, Beitragsleistung, Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft, Sonderanstalten und Ersatzkassen sind in leichtverständlicher Weise erläutert und am Schluß Reformvorschläge zur Änderung von Bestimmungen gemacht.

Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Vierter Bundestag des ADGB., abgehalten in Frankfurt a. M. vom 31. August bis 4. September 1931. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Organisationspreis kartoniert 2.30 Mk.

Am 4. September d. Js. fand der Kongreß des ADGB. seinen Abschluß. Jetzt liegt bereits das Protokoll der fünfjährigen Verhandlungen dieses Kongresses vor als ein Werk von 345 Seiten. In einer an wirtschaftlichen Wandlungen, an politischem und sozialem Ringen so reichen Zeit wie der jetzigen bedeutet ein solcher Tagungsbericht der größten Arbeiterorganisation der Welt ein Dokument von besonderem Interesse. Der Gesetzestellen-Bundesvorstand, vom Vorsitzenden Theodor Leipart erstattet, gibt eine ebenso umfassende wie klare Rückschau und Aufschau über die sozialpolitische, wirtschaftspolitische und sonstige Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die daran anschließende Diskussion gibt ein Spiegelbild vom Denken und Empfinden der Mitglieder. Drei großangelegte Vorträge behandeln mit Gründlichkeit hochwichtige Probleme der heutigen Zeit: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Vierzigstundenswoche (Prof. Lederer-Heidelberg), „Öffentliche und private Wirtschaft“ (Oberbürgermeister Brauer-Altona), „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ (Bundessekretär Nörpel) und die Aussprache, die sich jedem dieser Referate anschließen, sind ein Beweis für das geistige Niveau und die aktive Vielseitigkeit der Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein großer Teil der Verhandlungen gilt, wie nicht anders denkbar, dem Problem der Weltwirtschaftskrise und der Sorge um Arbeitsbeschaffung.

**Inhaltsübersicht:** Hauptteil: Was wird mit dem Chemigraphentarif? / Wirtschaft und Kapitalismus / Zum Kampf gegen die Tarifverträge / Welthandel auf Vorkriegsstand / Beachtenswerter Gleichstand der Fertigwarenausfuhr — Verbandsbeirat lehnt den Schiedsspruch ab / Schafft Klarheit! / Der „Köhler“ glaube in den Wechseljahren / Hinein in unsere Versammlungen. — „Leben“ (Gedicht) / Tage, Stunden, Minuten des Aufbruchs / Vom Büchertisch.